

## 18. September 2007: **Flugplatz/Ausbaustopp - Wir fordern kompletten Ausbaustopp bis zur Entscheidung durch die Volksabstimmung**

Auch nach den neuesten Entscheidungen rund um den Ausbau des Bozner Flugplatzes unterstreicht der Dachverband für Natur- und Umweltschutz mit Nachdruck seine Forderung, bis zur Abhaltung der Volksabstimmung jegliche An-, Um- und Ausbaumaßnahmen kategorisch auszuschließen. Mit den nun von der Landesregierung getroffenen Entscheidungen wird weiterhin Flickwerk an einer in ökologischen und gesundheitlichen, aber auch ökonomischen sowie innovativen Belangen maroden Infrastruktur betrieben. Wir fordern daher die Entscheidungsträger auf, diese sinnlose Geldverschwendung endlich zu stoppen und alle direkten und indirekten Beteiligungen des Landes am Flugplatz, an der Fluglinie und am Flugbetrieb zurückzuziehen.

Auch die neuesten Entscheidungen der Südtiroler Landesregierung zeigen wieder einmal auf, hier wird mit aller Macht und völlig sinnbefreit versucht, die vor 10 Jahren getroffene Entscheidung gegen alle Widerstände zu rechtfertigen. Der schleichende Ausbau (Hangars, Gebäude und anderen Infrastrukturen werden errichtet) wird als Kompromiss verkauft. Ein Kompromiss aber, der in dieser Form von niemandem mitgetragen wird, nicht von den Flugplatz-Befürwortern und schon gar nicht von den geplagten Anrainern und der Südtiroler Bevölkerung, die durch die jüngst getroffenen Entscheidungen weiterhin für ein Fass ohne Boden zur Kasse gebeten wird.

In der Gesamtschau der negativen Auswirkungen des Flugplatzes und der jetzt durch mögliche neue Sicherheitsbestimmungen entstehenden Einschränkungen für das gesamte Umfeld des Flugplatzes ist der einzig richtige und einleuchtende Weg der sofortige und gänzliche Rückzug des Landes aus allen Beteiligungen. 68 Promotoren sowie 28.214 Südtiroler Bürgerinnen und Bürger haben durch ihre Unterschrift der Landesregierung ein durchaus valides Instrument gegeben, um diese Entscheidung treffen zu können. Das Gesetz der Volksabstimmung sieht nämlich die Möglichkeit für den Landtag vor, den eingebrachten Gesetzesentwurf in Eigenregie zu verabschieden. So nahe wie jetzt war die Südtiroler Politik dem Ausstiegsszenario noch nie. Und was macht sie? Sie beschließt, weitere Millionen zu investieren, um einen angeblichen Kompromiss zu finanzieren, mit dem niemand leben kann und will.

Wir fordern deshalb mit Nachdruck und zum wiederholten Male die Vertreter der Landesregierung mit LH Luis Durnwalder auf, endlich Größe zu beweisen und sich von diesem in jeder Hinsicht sinnlosen und anachronistischen Projekt zu verabschieden!